

Medieninformation

26. Juli 2022

GEMEINSAME PRESSEKONFERENZ DER OSTDEUTSCHEN BAUERNVERBÄNDE

Sonder-Agrarministerkonferenz: Agrarpolitik muss jetzt entschieden werden!

Im Vorfeld der Sonder-Agrarministerkonferenz haben die Bauernpräsidenten der fünf ostdeutschen Bundesländer in Magdeburg auf einer gemeinsamen Pressekonferenz Klarheit darüber gefordert, welche Anforderungen von der Politik im Rahmen der Agrarförderung der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) künftig an die Landwirtinnen und Landwirte gestellt werden. Aktuell ist in wichtigen Punkten noch immer nicht entschieden, an welche Vorgaben sich die Betriebe ab 2023 halten sollen. So wissen die Landwirtinnen und Landwirte derzeit nicht, ob sie im kommenden Jahr beispielsweise Weizen nach Weizen anbauen dürfen, obwohl jetzt das Saatgut bestellt werden müsste. Auch ist nicht bekannt, wie viel Prozent der Ackerfläche aufgrund politischer Vorgaben im nächsten Jahr nicht bearbeitet werden dürfen.

Seit Monaten fordern die Bauernverbände die Politik auf, förderpolitische Planungssicherheit für die Betriebe herzustellen. Die fünf Präsidenten appellieren an die Agrarminister: „Finden Sie Lösungen abseits von Parteipolitik. Wir können mit jeder erzeugten Tonne Weizen für die weltweite Ernährung einen Beitrag leisten. Die Agrarministerkonferenz muss sich dafür einsetzen, dass ausstehende Entscheidungen nicht länger aufgeschoben werden.“

Vor dem Hintergrund einer mangelnden politischen Vorwärtsperspektive für die deutsche Landwirtschaft, die wirtschaftlich und fachlich tragfähig ist, haben die jüngsten Äußerungen von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir zu großem Unmut im Berufsstand geführt. Zum einen sein Ausspruch zu einer „maßvollen Reduzierung“ der Tierbestände. In diesem Bereich sorgt die Politik bereits dafür, dass immer mehr Betriebe ihre Ställe für immer schließen müssen.

Mehr noch hat jedoch die Äußerung, dass der Bundesminister aktuell keinen Anlass zum radikalen Protest von Landwirten in Deutschland sieht, für Empörung gesorgt. Keinem Politiker steht die Bewertung zu, ob ein Berufsstand auf die Straße geht. Viele Landwirtinnen und Landwirte haben in den vergangenen Jahren zunehmend den Eindruck gewonnen, dass die Landwirtschaft ein Raum für politische Umwelt- und Klimaschutz-Visionen geworden ist. Die Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte werden hingegen, abseits von vollmundigen Reden, nicht adäquat anerkannt und honoriert.

Hierzu passen auch die weiteren politischen Vorhaben bei der verabschiedeten nationalen AVV und deren nicht verursachergerechte Ausweisung und Ausweitung sogenannter Roter Gebiete, in denen nicht bedarfsgerecht gedüngt werden darf. Weiter können die europäischen Planziele zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten mit einer Reduktion um 50 Prozent angeführt werden. Dieses sind Maßnahmen, die Maximalforderungen folgen, landwirtschaftlich fachlichem Wissen entgegenstehen und zu mehr Nahrungsmittelimporten aus Drittstaaten sowie dem Verlust von landwirtschaftlicher Fläche und zahlreichen Betrieben führen.

Hintergrund

Am 28. Juli, wird zur aktuellen Agrarpolitik eine Sonder-Agrarministerkonferenz in Magdeburg stattfinden. Den Vorsitz hat Sven Schulze, Sachsen-Anhalts Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir sowie die Agrarministerinnen und -minister der Länder werden der digitalen Sonder-AMK zugeschaltet.

Kontakt

Axel Horn

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thüringer Bauernverband

Alfred-Hess-Straße 8, 99094 Erfurt

Telefon: +49 (0)361 262 532 28

Mobil: +49 (0)1520 189 34 93

E-Mail: axel.horn@tbv-erfurt.de